

Die Versorgung mit Lebensmitteln.**Die Volksversorgung im Hauptauschuß.**

♣ **Berlin, 10. Dez. (Telegr.)** Der Reichstagsauschuß für den Reichshaushalt setzt seine Beratungen über die Volks-ernährung fort. Die eingehende Besprechung über den Zentrumsantrag, eine Lebensmittelzentralstelle mit einem aus Reichstagsmitgliedern bestehenden und vom Reichstag ernannten Beirat zu errichten, spitzte sich schließlich auf die von einem konservativen Abgeordneten aufgeworfene Frage zu, ob diese Zentralstelle etwa den Bundesrat ausschalten solle. Auch der Staatssekretär des Reichsamts des Innern begründete seine verfassungsrechtlichen Bedenken damit, daß die beantragte Zentralstelle einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Befugnisse des Bundesrats darstellen könnte. Der Ausschuß stellte die Abstimmung zurück bis zur Entscheidung über die meisten andern Anträge. Es folgte die

Beratung über die Höchstpreise.

Ein Zentrumsantrag schlägt Entschlieungen vor, möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens Höchstpreise festzusetzen, die Vermittlungsgebühren sämtlicher Bezugs- und Vermittlungsvereinigungen auf die niedrigst zu bemessenden Selbstkosten herabzusetzen, ferner Ablieferung der Überschüsse für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge, weitergehende Beurlaubung der für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräfte aus dem Heere, insbesondere der Arbeitsverwendungs- und Garnisonsdienstfähigen, sowie der Genesenden, Förderung der Futtermittelleinfuhr aus dem Auslande, Erschließung und Verwendung neuer Futtermittelstoffe im Inlande, gerechte Verteilung aller Futtermittel nach dem Viehbestande, endlich Bereitstellung eines Teils der Familienunterstützungen statt in Bargeld in Hauptlebensmitteln, Kohlen, Koks usw., und zwar zu Preisen, unter den im freien Handel gezahlten, Ausgabe von Fleisch-, Fett- oder Gemüsesorten für gemeindlichen Verkauf zu ermäßigten Preisen an alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 M.

Beschlagnahme von Kartoffeln für den Westen
im Falle ungenügender Versorgung, Herabsetzung der Preise für die Trockenprodukte der Kartoffeln, Einschränkung des Butterverbrauchs in den Gast- und Speisehäusern, weitestgehende Fürsorge für den Bedarf an Eiern für Kranke und Kinder, etwa durch Errichtung von Sammelstellen für Eier.

♣ **Berlin, 10. Dez. (Telegr.)** Im Hauptauschuße des Reichstages erklärte bei Beratung einer vom Zentrum vorgelegten Resolution über die Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung, der Staatssekretär des Innern, zu einem Ausbau der Reichsprüfungsstelle, in welcher ja bereits Mitglieder des Bundesrates, des Reichstages und Sachverständige saßen, gerne die Hand bieten zu wollen. Auf eine Anregung, Höchstpreise für Leder festzusetzen, erklärte Staatssekretär Dr. Delbrück, daß Maßnahmen zur Regelung der Lederpreise vorbereitet würden. Auf Klagen darüber, daß nur für Militärausrüstungsgegenstände die Lederpreise herabgesetzt worden seien, daß aber in der Privatindustrie die Preise noch viel zu hoch seien, und auch in Gerbrinde stark spekuliert werde, legte ein Regierungskommissar die einschlägigen Verhältnisse dar: Seit dem 1. Dezember seien seitens der in erster Linie beteiligten Militärverwaltung Höchstpreise für Leder festgesetzt, und eine weitere Herabsetzung der Preise werde im Laufe der Zeit erfolgen. Wie schwierig die Sache sei, zeige der Umstand, daß wegen der großen Verschiedenheit in der Güte des Leders 150 bis 160 Preissätze hätten festgesetzt werden müssen.

WTB Berlin, 10. Dez. (Telegr.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bundesratsverordnung vom 8. Dezember über den Butterverkehr.